

Rede der Landesvorsitzenden, Susanne Hennig-Wellsow auf dem 5. Landesparteitag in Gotha am 14.11.2015 (wörtliche Abschrift)

Liebe Genossinnen und Genossen,

was wir in einem Jahr Landesregierung erreicht haben, sieht man heute auch schon in Gotha. Gotha hat, erstritten durch die Landesregierung, vom Bund 30 Mio. Euro zugesagt bekommen für die Restauration und Fertigstellung des Schlosses und wird mit 30 Mio. vom Land noch einmal kofinanziert, also 60 Mio. sind dieser Tage für Gotha freigegeben worden. Ich finde, das ist heute, auch an diesem Tag, hier in Gotha echt auch ein beachtliches Zeichen.

Ja, liebe Genossinnen und Genossen, wir stehen hier heute und sitzen heute hier, das erste Mal, nachdem Bodo Ramelow als Ministerpräsident in Thüringen gewählt worden ist. erinnert Ihr Euch noch daran, der 5. 12., 10:52 Uhr. Ich glaube, hier gibt es niemanden, der in irgendeiner Form gedacht hat, oder niemanden, der nicht vor dem Fernseher saß, wenn er nicht live dabei war, und mit uns allen gezittert und gefiebert hat, ob diese Wahl gut geht. Und, liebe Genossinnen und Genossen, nach drei Monaten Verhandlungen, nach einer nicht geglückten Wahl, kann ich Euch sagen, für mich ist das höchste Folterinstrument im Parlament das Auszählen von Stimmzetteln. Und das wir diesen Erfolg am Ende um 10:52 Uhr am 5. 12. gemeinsam mit unseren Partner_innen der SPD und den Grünen in Thüringen haben feiern können, das ist, glaube ich, auch heute noch einmal im Nachblick sehr viel und große Freude von uns wert.

Seitdem hat sich die Welt gedreht.

Wer uns vor einem Jahr gesagt hätte, dass wir heute als das größte Thema die Flüchtlingsfrage begreifen, dass wir heute hier stehen und nichts mehr so ist wie vor einem Jahr, wir hätten es alle nicht geglaubt.

Und heute denken wir sicher alle oft, was denken sich die Leute eigentlich, was ist da draußen los?

Sie haben Angst, dass ihre Rente gekürzt wird, sie haben Angst, dass ihnen ihre Häuser geklaut werden, sie haben Angst davor, überfallen, nicht in Sicherheit zu sein, sie haben Angst, dass es Steuererhöhungen gibt – wegen der Flüchtlinge.

Und die große Koalition im Bund hat dazu keine Antworten, jedenfalls keine Antworten, die wir als die richtigen Antworten begreifen. Streit und Intrigen sind im Bund an der Tagesordnung. Und, liebe Genossinnen und Genossen, genau in dieser Situation guckt man natürlich auch auf Thüringen.

Zum ersten Mal gibt es eine rot-rot-grüne Regierung mit einem linken Ministerpräsidenten. Das ist großartig und es ist Euer aller Verdienst, liebe Genossinnen und Genossen, und dafür, ich habe es gerade schon einmal gesagt, einen kräftigen Applaus, und zwar für Euch selbst. Vielen Dank.

So mancher hat sich den Weg in der Regierung wahrscheinlich etwas einfacher vorgestellt. Ich

kann mich selbst dazu zählen. Und in der Tat, es ist doch anders gekommen. Vor uns liegen die Mühen der Ebene und die Menschen erwarten eben auch von uns Antworten.

Kommen wir einmal zur Analyse. Deutschland war noch nie so krass in arm und reich geteilt wie jetzt. Auf der einen Seite haben wir 2,5 Millionen Kinder in Armut, viele Menschen stecken in prekärer Beschäftigung oder sind langzeitarbeitslos. Und die, die Arbeit haben, fürchten um ihren Job.

Auf der anderen Seite werden die Reichen immer reicher. Sogar in der Finanzkrise haben sich die Vermögenden in der Bundesrepublik einen kräftigen Schluck aus der Champuspulle gegönnt und während wir Umverteilung von oben nach unten fordern, zuckt die große Koalition aus CDU und SPD in Berlin kein Stück. Im Klartext: die einen regieren da oben, die anderen resignieren und wir alle wissen, dass das Gift für unsere Demokratie ist.

Und, liebe Genossinnen und Genossen, wir werden da nicht zusehen, sondern wir werden etwas dagegen tun.

Durch die Flüchtlinge im Land treten unsere Probleme hervor wie durch ein Brennglas. Aber ich kann nur all denjenigen sagen, die Flüchtlinge als die Ursachen der Probleme in Deutschland ansehen, gab es vorher eine sichere Rente, gab es vorher ein gerechtes Bildungssystem, gab es vorher ein Gesundheitssystem, in dem alle versorgt worden sind und nicht nach Klassen geteilt, gab es vorher für alle bezahlbaren Wohnraum, gab es vorher für alle gut bezahlte Arbeit und Perspektiven?

Liebe Genossinnen und Genossen,

nein, dem ist nicht so und das müssen wir auch in unserer politischen Arbeit immer wieder zur Kenntnis nehmen.

60 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht,

Wir haben nach wie vor Krieg in Afghanistan, der Nahe und mittlere Osten ist ein Pulverfass, der Krieg in der Ukraine ist längst nicht zu Ende, und statt endlich das Bruttoinlandsprodukt mit 0,7 % in die Entwicklungshilfe zu stecken, fährt Frau Merkel diese Woche nach Malta, um afrikanische Regierungschefs, und da muss man auch wissen, nicht viele von denen sind korrupt, davon zu überzeugen, dass weniger Menschen von diesem Kontinent zu uns kommen sollen und sie zu beschwichtigen. Und wenn das nicht gelingt, wenn das nicht reicht, dann erleben wir, dass Frontex in Einheit mit den Stacheldrahtzäunen den Rest erledigen soll.

Deutschland ist der drittgrößte Waffenlieferant, und das ist einfach nur zynisch, dass sich Merkel und Co. mit Krokodilstränen hinstellen und Kriegs- und Fluchtopfer beklagen.

Wenn jeden Tag Kinder, Frauen, Männer im Mittelmeer ertrinken, wenn die Flüchtlingsströme nicht abreißen, dann ist es doch beschämend, dass den Regierenden nichts anderes einfällt, meterhohe Stacheldrahtzäune zu bauen, mauern zu bauen, Grenzen schließen zu wollen, wahrscheinlich in der Konsequenz mit Schusswaffengebrauch, anstatt endlich legale Fluchtwege nach Deutschland zu eröffnen.

Das deutsche Grundgesetz sagt, wer aus Krieg und aus Bombenterror flieht, hat das Recht auf Asyl. Daran ist nicht zu rütteln. Ich weiß, wie viele Leute in unserem Land sich um Flüchtlinge

kümmern. Und dafür an dieser Stelle, aus diesem Parteitag heraus meinen herzlichen Dank. Ich weiß aber auch, wie schwer es ist, Unterkünfte zu finden oder Perspektiven für diese Menschen zu eröffnen – sie in Bildung und Arbeit zu bringen. Und an dieser Stelle deshalb einen herzlichen Dank an den Ministerpräsidenten, die Ministerinnen, die Genossen vor Ort, all diejenigen, die etwas dafür tun, dass Flüchtlinge hierher kommen und das, was Knut Kreuzsch eben gesagt hat, endlich ankommen können und ein Stückchenweit im Alltag vergessen können, was ihnen an Leid und Terror wiederfahren ist.

Und wir nehmen natürlich auch die Fragen und die Sorgen der Bürger_innen ernst. Unsere Genossen vor Ort, und ich weiß, wovon ich da rede, diskutieren und überzeugen jeden Tag ihren Nachbarn, ihre Freunde, ihre Lehrer_innen, ihre Mitschüler und lernen jeden Tag, dass wir erst am Anfang eines Weges stehen, der noch lange nicht beendet ist. Aber, liebe Genossinnen und Genossen, wir schaffen das.

Wir schaffen das, weil es auch keine Alternative dazu gibt. Und ich bin überzeugt, wir sind stark genug, das zu schaffen und das dürfen wir alle auch nicht in Frage stellen.

Liebe Genoss_innen,

sollten sich DIE RECHTEN HETZER IN DIESEM LAND schon die Hände gerieben haben und glauben, sie können in dieser Situation politisches Kapital für sich schlagen, dann lasst ihnen sagen, wir werden das nicht zulassen, wir werden für Menschlichkeit willkommen, uns Partner_innen suchen, in Bündnisse eintreten und das machen, was unsere Pflicht ist, wir werden nicht zulassen, dass die Hetzer dieser Straße dieses Land übernehmen.

Und dabei dürfen wir nicht vergessen, dass linke Politik demokratische Politik ist. Sie lebt nur, wenn wir die Menschen mitnehmen. Und hier liebe Genossen_innen ist jeder von uns jeden Tag gefragt. Rassismus und Fremdenfeindlichkeit haben keinen Platz in Thüringen und auf der ganzen Welt nicht.

Es waren die Überlebenden des KZ Buchenwalds, die im Frühjahr diesen Jahres mit aller Deutlichkeit auf die historischen Parallelen zu den 30er Jahren des letzten Jahrhunderts verwiesen haben und uns mahnen, diese Herausforderungen anzunehmen. Diesen mutigen Männern und Frauen sind wir verpflichtet.

Und lasst mich auch ein Wort zu der europäischen Dimension sagen. Ja, auch ich wünschte mir, DIE LINKE in Europa hätte ein größeres Gewicht. Aber an dieser Stelle will ich auch sagen, wir alle können Stolz auf Alexis in Griechenland sein. Er zeigt den Mächtigen, dass ein anderer Weg möglich ist, auch wenn die Mächtigen die Daumenschreiben immer enger anziehen, immer weiter anziehen und seine demokratische Wahl nicht akzeptieren. Ich wünsche ihm weiterhin viel Erfolg und ich glaube, er tut das auch. Es ist nicht zu ermessen, was Syriza in Griechenland gerade leistet.

Und eine Bundesrepublik, in der eine Million Flüchtlinge Schutz suchen, deren regierende CDU-SPD-Koalition in beispielhafter Weise in das Grundrecht auf Asyl eingreifen und Flüchtlinge faktisch mit den letzten Entscheidungen zu Entrechteten erklärt werden, Staaten zu sicheren

Herkunftsländern gemacht werden, in denen die Bundeswehr seit vielen Jahren im Einsatz ist und für Sicherheit sorgen soll, und eine Bundesrepublik, in der Rüstungsexporte in Größenordnungen nach wie vor die deutsche Kasse füllen, ist nicht das Land, was wir wollen.

Wir wollen kein Land, in dem das Schließen von Grenzen diskutiert wird, in der Flüchtlingsunterkünfte brennen, Migrant_innen überfallen und geschlagen werden, Büros von Parteien und Abgeordneten überfallen werden, rechtsextreme und neonazistische Demonstrationen an der Tagesordnung sind.

Wir müssen feststellen, dass es der Linken in Europa bisher nicht gelingt, einen ausreichend mächtigen Gegenpol zu sozialer Ausgrenzung und sozialer Spaltung, zu Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu setzen. Und das trifft auch uns, liebe Genossinnen und Genossen.

Aber Portugal und Griechenland haben linke Regierungen gewählt und gegen die Ausmaßungen und Anmaßungen der EU, der Bundesregierung und der Troika aufbegehrt.

Die britische Labour Party wählte sich erst vor kurzem einen sozialistischen Parteivorsitzenden.

Liebe Genoss_innen,

Thüringen liegt im Herzen Deutschlands und Europas und auch wir werden alles tun, um die europäische Linke zu stärken.

Und weil ich sie gerade kommen habe sehen, begrüße ich auf das Allerherzlichste unsere Vorsitzende der Linkefraktion im Europaparlament, Gabi Zimmer. Sei herzlich willkommen.

Die Menschen mitzunehmen, mit ihnen Politik zu gestalten, d. h. auch Menschen ernst nehmen. Was macht die Bundesregierung? Die Bundesregierung führt die Vorratsdatenspeicherung wieder ein, damit wir wieder bis hinein in unsere Schlafzimmer überwacht werden können, dass wir als Bürger_innen ausspioniert werden können. Und das, liebe Genossinnen und Genossen, ist doch kein ernst nehmen von Demokratie und Menschen im Land, mit ihren eigenen Meinungen und ihrem eigenen Leben. Und das, liebe Genoss_innen, bedeutet doch, dass wir auch dagegen unseren deutlichen Widerstand zum Ausdruck bringen müssen.

Und ich habe mich sehr gefreut, als vor wenigen Wochen in Berlin 250.000 Menschen gegen TTIP protestiert haben – auch viele Genossinnen und Genossen aus Thüringen, aus der Bundesrepublik. Und, liebe Genossinnen und Genossen, das sind die Zeichen der Zeit, die uns Mut geben, genauso wie Blockupy im Frühjahr d. J., wo 20.000 auf einer Demonstration gegen das Europa der Banken und für ein soziales Europa demonstrierten, das sind sie, die Punkte, wo wir sehen, dass dieses Europa natürlich auch den Widerstand von links in sich hat.

Es geht nur gemeinsam und mit Menschlichkeit. Es ist gut zu erleben, wie Tausende im Alltag und ohne Unterlass Flüchtlingen helfen, Spenden sammeln und sortieren, die Menschen in den Arm nehmen und mit menschlicher Wärme nicht zu sparen. Tausende, die eine Schwäche des Staates zu einer Chance für eine positive Entwicklung für unsere Gesellschaft machen. Die sich der Tatenlosigkeit der Verantwortlichen nicht hingeben, sondern handeln, und zwar menschlich handeln.

Die Katholische Kirche begehrt gegen Parteipolitik nach angeblich christlichen Werten auf und kritisiert beispielsweise vor wenigen Tagen mit deutlichen Worten die Flüchtlingspolitik und die Sprache der CSU.

Das ist wirklich ein Beifall wert.

Hier in Thüringen standen am 9. November 6.000 bis 7.000 Menschen mit einem Bündnis von über 80 Organisationen für „Mitmenschlichkeit in Thüringen“ auf dem Erfurter Domplatz. Vor einem Jahr haben wir erlebt, dass es rechte Demonstrationen am 9. November gegen die damals in Entstehung befindliche rot-rot-grüne Landesregierung gab. Am 9. November 2015 finden sich viele Organisationen, Menschen zusammen, die das wahrscheinlich vor einem Jahr auch nicht vermutet haben. Aber es ist dieses große Bündnis, liebe Genossinnen und Genossen, was uns Mut machen soll und ich danke allen, die dafür gesorgt haben, dass dieser 9. November das Signal war, dass Thüringen mitmenschlich ist und nicht braun und rassistisch.

Obwohl die Herrschenden der großen Koalition von der Flüchtlingskrise reden, liebe Genoss_innen, sage ich, es ist keine Flüchtlingskrise, es ist eine gesellschaftliche Krise - ausgelöst auch durch das Martyrium des Kapitalismus und auch durch das Verteidigen des westlichen Reichtums in vielen Ländern dieser Welt. Wer Kriege führt, Waffen exportiert, mit Diktatoren paktiert, solange der Profit stimmt, Klimaschutz-Ziele missachtet und den Müll in anderen Staaten ablädt, muss sich nicht wundern, wenn die Krise der Welt auch ins eigene Land kommt. Und auch hier sollte uns die Schlagzeile: „Wärst du nicht arm, wär ich nicht reich.“ jeden Tag eine deutliche Meinung sein.

Liebe Genoss_innen,

in diesen bewegten Zeiten sind wir, die Partei DIE LINKE in Thüringen, in der Situation, die politische Alternative zum konservativen rechten bürgerlichen Einheitsbrei und seiner „Law and Order“ – Politik zu stellen.

Das Gelingen einer rot-rot-grünen Koalition hat weit über die Grenzen unseres Bundeslandes hinaus eine außerordentliche Wirkung. Oder denkt einer von Euch, die GdL hätte in einem langen Tarifstreit Bodo Ramelow angerufen, um zu schlichten, wenn er keinen Erfolg versprechen würde?

Wenn ich bundesweit unterwegs bin, bei unseren Genoss_innen, beim Parteivorstand, auf Veranstaltungen und erkläre, was wir hier tun, dann könnt Ihr Euch nicht vorstellen, mit welcher unglaublicher Aufmerksamkeit die ganze Bundesrepublik auf uns schaut, wo Europa, wie mir Gabi erst bestätigt hat, auf uns schaut, und liebe Genossinnen und Genossen, das dürfen wir gern mit etwas stolz auf der Brust annehmen.

Es wird uns gelingen, eine soziale, demokratische und ökologische Politik für die Menschen in Thüringen erlebbar zu machen, egal ob es um Windkraft, Lehrer_innenausbildung oder Kommunalpolitik geht. Wir wollen eine Politik, die den Menschen nützt und sie spüren, dass rot-rot-grün für sie etwas bringt.

Und wir können und wir müssen hier in dieser Situation auch zeigen, dass eine andere Politik möglich ist.

Denn ohne die Sichtbarkeit einer funktionierenden Alternative werden es Rechtsextreme und die Verächter der Demokratie leicht haben, die Köpfe der Menschen auf der Straße und an den Wahlurnen zu gewinnen.

Mit dem Erfolg unserer rot-rot-grünen Regierung haben wir natürlich auch die Möglichkeit, die Kräfteverhältnisse in der Bundesrepublik und Mehrheiten für menschliche, soziale und demokratische Politik gegen den CDU/SPD-Kurs auf den Weg zu bringen. Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Berlin können im nächsten Jahr nachziehen. Bereits jetzt zeigt sich, dass wir über den Bundesrat Politik gestalten können mit Brandenburg zusammen und dass wir z. B. etwas erreichen können mit dem Antrag „Ehe für alle“ oder dem anderen Antrag, jetzt ganz frisch, „Weg mit der Störerhaftung“. Wir können über die Länder, liebe Genossinnen und Genossen, die Politik der Bundespolitik beeinflussen. Und es ist eine Möglichkeit, die Macht der Merkels und der Schäubles in diesem Land zu brechen. Und je mehr rote Regierungsbeteiligungen wir in den Bundesländern haben, desto stärker sind wir, das ist uns doch allen klar.

Ich will rot-rot-grün ausdrücklich als ein Mitte-Links-Bündnis beschreiben, deren Parteien ihrer eigenen politischen Programmatik, ihrer Geschichte und Herkunft und den gestellten Erwartungen der jeweiligen Wählerinnen und Wähler verpflichtet sind.

Alle drei Parteien, DIE LINKE, SPD und Grüne, haben sich entschieden, trotz aller Unterschiede, die Gemeinsamkeiten in den Mittelpunkt zu stellen und auf Augenhöhe ein gemeinsames Regierungsbündnis auf den Weg zu bringen. Alle drei Parteien haben diese Zustimmung ihrer Mitglieder über eine Mitgliederbefragung eingeholt.

Das bedeutet, wir haben die demokratischste Regierungsbildung in Deutschland überhaupt auf den Weg gebracht. Und das soll auch unsere Kultur weiterhin in dieser Regierung bestimmen.

Und es sind die Parteien, liebe Genossinnen und Genossen, die diese Regierung tragen. Es ist also unser aller Aufgabe, alle Kraft aufzubringen, diese Regierung zum Erfolg zu führen.

Wir kämpfen natürlich dafür, dass wir als LINKE 2019 mindestens so stark sind wie 2014 – also 28,2 Prozent plus. Wir wollen doch alle, dass wir 2019 im Parlament wieder eine Mehrheit haben für einen linken Ministerpräsidenten, dass wir 2019 wieder den Willen in Politik und Gesellschaft haben, dass ohne die CDU in Thüringen regiert wird. Und dass wir als LINKE auch 2019 wieder mit voller Überzeugung sagen können: Klar, wir machen das. Wir gestalten dieses Land. Aber das Wichtigste ist 2019, liebe Genossinnen und Genossen, dass die Wählerinnen und Wähler sagen: ja, das habt ihr gut gemacht und wir wollen, dass ihr das weiter macht.

Unser linkes Schiff kommt hier und da auch einmal ins Wanken, liebe Genossinnen und Genossen, und in schwere See. Aber genau da heißt es, aus meiner Sicht, Ruhe bewahren, klar zu analysieren und den Kurs zu halten. Wir erleben täglich, dass nicht immer alles glatt läuft, dass die Fetzen fliegen, dass auch mal eine Tür knallt. Aber, liebe Genossinnen und Genossen, gerade in diesen Zeiten ist es wichtig, zusammenzustehen, gemeinsam die Schwierigkeiten zu meistern und wir alle lernen, Schritt für Schritt, was es heißt, zum ersten Mal auch eine Regierungspartei in Thüringen zu sein.

Und ich bin davon überzeugt, dass wir gemeinsam und solidarisch diese Regierung zum Erfolg führen.

Und, liebe Genossinnen und Genossen, DIE LINKE ist in diesem Regierungsbündnis die Anwältin derjenigen, die wir als die „99 %“ der Gesellschaft beschreiben. Wir vertreten die Interessen der Arbeiternehmerinnen und Arbeiternehmer, der Angestellten, der finanziell schlechter Gestellten und der prekär Beschäftigten, der Arbeitssuchenden, der Rentnerinnen und Rentner, der Älteren, der Frauen, der Kinder, auch der älteren Frauen. Aber, liebe Genossinnen und Genossen, unterschätzt bitte auch nicht unsere Kraft als die parlamentarische Stimme der Menschen in Ostdeutschland. Die Debatte um den Länderfinanzausgleich hat zuletzt gezeigt, dass wir unsere Stimme deutlich erheben müssen, um die strukturellen Benachteiligung der ostdeutschen Länder aufzuhalten und zu bekämpfen. Diese Auseinandersetzung ist noch lange nicht gewonnen und deswegen ist es so wichtig, dass wir wissen, dass wir die Stimme der Menschen in Ostdeutschland sind.

DIE LINKE ist auch in diesem Regierungsbündnis die Stimme für das Öffentliche. Keine Privatisierung von öffentlichem Eigentum, bessere öffentlicher Daseinsvorsorge, mehr öffentliche Räume und mehr Gemeingüter statt Privatisierung und Profit.

DIE LINKE ist und bleibt in diesem Regierungsbündnis eine antifaschistische Partei, die mit aller Konsequenz gegen Neonazis auftritt und den Schwur von Buchenwald weiter als Auftrag an die Gesellschaft und an alle Genossen_innen begreift. Ich zitiere: „Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“

DIE LINKE ist auch in diesem Regierungsbündnis die Partei, die für soziale Gerechtigkeit, für Bürgerrechte und gerechte Bildung steht.

DIE LINKE ist die Partei, die in Thüringen als zweitstärkste kommunale Kraft vor Ort die Herausforderungen annimmt und Politik für die Menschen macht – im Verein, im Ortsteilrat, in der Bürgerinitiative, im Stadtrat, auf der Straße oder im Kreistag.

DIE LINKE ist die Partei, die die Chancen der Energiewende für Thüringen nutzen will – die Partei, die Ökologie und Soziales zusammen denkt.

DIE LINKE in Thüringen ist und bleibt eine Friedenspartei!

Und mir ist auch wichtig, Euch zu sagen, dass DIE LINKE auch in einer Regierungskoalition eine eigenständige Partei ist und bleibt.

Regierungsverantwortung, liebe Genossinnen und Genossen, das ist immer so ein ganz großes Wort, aber faktisch ist es tagtägliche Klein- und Kleinstarbeit. Anträge, Richtlinien, Förderungen, Haushaltstitel, Nachfragen, Gesetze, politische Forderungen – drückt aus, was wir alles tun in Regierungsverantwortung, um eine konkrete Verbesserung der Lebensverhältnisse in Thüringen zu erreichen. Und es kann aus meiner Sicht, liebe Genossinnen und Genossen, nur darum gehen oder muss in erster Linie auch gehen, dass das Sein im Hier und Jetzt ein leichteres wird. Und dass die Thüringerinnen und Thüringer und alle Menschen, die in Thüringen leben, ein

sorgenfreieres und gutes Leben haben.

Unsere Stärke als Opposition in den vergangenen 25 Jahren in Thüringen hat uns heute in diese Verantwortung gebracht.

Das bedeutet Veränderung, das bedeutet Verantwortung zu übernehmen und Entscheidungen zu treffen, die für jeden einzelnen in Thüringen und jede einzelne Auswirkungen hat.

Ich habe es schon gesagt, DIE LINKE führt zum ersten Mal eine Koalition an. Erst jetzt spüren wir die gesetzten Grenzen für die Landespolitik in aller Härte. Aber es gilt doch, diese Grenzen zu politisieren und ihnen Risse zu verpassen.

Und eben deshalb fordere ich auch eine Auseinandersetzung mit der „schwarzen Null“ und dem unsäglichen Instrument der Schuldenbremse. Sie ist und bleibt politischer und volkswirtschaftlicher Unsinn und schränkt unsere Handlungsmöglichkeiten ein. Sie ist vor allem eine Investitionsbremse!

Und eben deshalb, weil die Grenzen gesetzt werden, müssen wir unsere Chancen nutzen, die wir haben. Und deswegen werde ich weiter darauf drängen, dass wir uns mit der Rüstungsfinanzierung z. B. durch die Hessische Landesbank beschäftigen und uns annehmen, in der die Landesregierung ein Aufsichtsratsmitglied sitzen hat.

Ich habe für die Partei darauf gedrungen, dass wir auch der Asylverschärfung im Bundesrat nicht zustimmen. Natürlich können wir mit den Stimmen aus den vier Bundesländern diese Asylverschärfung nicht stoppen, aber die Ablehnung durch Thüringen, Brandenburg und zwei weitere rot-grüne Länder war ein wichtiges Signal, dass eben nicht alle damit einverstanden sind, was bundespolitisch gerade auf den Weg gebracht wird.

Aber ich werde Bodo immer darin unterstützen, wenn er im Bund die ostdeutschen Interessen vertritt und gegen die Absenkung der Mittel für die Ostländer ab 2019 streitet.

Liebe Genoss_innen,

wir haben in 25 Jahren einiges erreicht. Und dennoch gelingt es uns jetzt erst, Forderungen umzusetzen, die wir seit 25 Jahren auf den Weg gebracht haben:

Die Landtagsfraktion hat zusammen mit der Regierungsmannschaft schon einiges an Erfolgen erzielt, was sich sehen lassen kann.

Und dazu muss man wissen, die Landtagsfraktion ist in ihren Mitarbeiterstellen und Ressourcen deutlich geschrumpft – der Oppositionszuschlag ist weggefallen. Das ist der Nachteil am Regieren. Der Oppositionszuschlag fällt weg. Und dennoch gelingt es unserer Fraktion, ein enormes Arbeitspensum vorzulegen, bei dem unsere kleineren Partnerinnen oder Partner manchmal nicht mithalten können. Aber deswegen heute auch für das hohe Tempo und das viel Geleistete herzlichen Dank an alle Abgeordneten und Mitarbeiter_innen der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag.

Und ich finde ja, wir können stolz auf das sein, was wir bisher erreicht haben. Ich weiß ja, dass Linke immer grundsätzlich unzufrieden sind mit dem Bestehenden. Das soll auch so bleiben. Aber, liebe Genossinnen und Genossen, lasst uns heute einmal Lächeln, lasst uns heute einmal fröhlich sein, denn es muss uns auch über die Lippen gehen können heute mit gutem Grund, es ist gut so. Gut so, dass wir den Ministerpräsidenten stellen! Gut so, dass wir zentrale Forderungen und Vorstellungen unserer Partei umsetzen können!

Und ich will einmal zu ein paar Punkten kommen, was wir getan haben.

Gleich zu Beginn haben wir die Selbstbedienungs-Schatulle der CDU geschlossen. Ihr wisst, die CDU hat sich gern aus den eigenen Fraktionsmitteln noch Zulagen für normale Fraktionsarbeit gezahlt. Und da sie auf Verfassungsgerichtsurteile nicht reagieren, nichts geben, haben wir also das Abgeordnetengesetz geändert und der CDU ihre kleine Handkasse geklaut. Ich finde, das ist auch nach 25 Jahren, mag nicht unerheblich sein, aber für das Verständnis von Demokratie und parlamentarischer Arbeit war es wichtig, diesen Weg zu gehen.

Wir stellen 500 Lehrer_innen pro Jahr ein, im nächsten Jahr voraussichtlich 750 bis 800, weil wir nicht nur über Integration reden wollen, sondern weil wir auch etwas dafür tun. Eine Vertretungsreserve wird aufgebaut, um endlich den Unterrichtsausfall zu senken und Lehrer für Deutsch als Fremdsprache werden in die Schulen gebracht. Mit der Neuregelung der Finanzierung für private/freie Schulen haben wir Rechtssicherheit und endlich auch Transparenz in die Finanzierung gestellt. Und ja, es war eine Herzensangelegenheit unseres Koalitionspartners. Und ja, wir alle haben dieses Ansinnen mit der Abstimmung über den Koalitionsvertrag bestätigt. Wir haben mit der Rechtssicherheit und Transparenz in der Finanzierung etwas erreicht, was die CDU-geführte Landesregierung zuvor nicht geschafft hat.

Ja, zum ersten Mal gibt es in Thüringen ein Bildungsfreistellungsgesetz. Und ja, es ist ein Bildungsfreistellungsgesetz, was DIE LINKE anders gemacht hätte sehr auf der Seite der Arbeitnehmer_innen. Aber es gehört eben auch zur Wahrheit dazu, dass u. a. die Gewerkschaften waren, die nicht mit einer Stimme gesprochen haben und damit auch als Partner für uns, die wir ein arbeitnehmerfreundliches Gesetz durchbringen wollten, nicht zur Verfügung standen. Und das zeigt etwas von den Schwierigkeiten, in denen wir uns bewegen, dass wir alle miteinander lernen müssen, auch unsere gemeinsame Kraft zu bündeln und gemeinsam auf den Weg zu bringen und dennoch 25 Jahre kein Bildungsfreistellungsgesetz und jetzt haben viele Arbeitnehmer_innen in Thüringen die Möglichkeit, fünf Tage für Bildung freigestellt zu werden. Das ist auch moderne Arbeitsmarktpolitik.

Ein öffentliches Beschäftigungsprogramm eröffnet uns seit Oktober die Möglichkeit, Langzeitarbeitslosen wieder eine Perspektive zu geben. Die Beschäftigungsverhältnisse in der Pflege sind für die Regierung und unsere Fraktion genauso Thema, wie die kommende Erhöhung des Landesblindengeldes.

Um die Kommunen zu stärken, diskutieren wir gerade den Kommunalen Finanzausgleich im Landtag und verhandeln mit den Kommunen. Für 2015 haben wir noch ein extra Unterstützungsprogramm auf den Weg gebracht. Wir finanzieren zusätzlich Schulbauten mit einem Programm. Der Einstieg in die geplante Gebietsreform bringt viele Diskussionen, gerade aus den Reihen der CDU. Ihr wisst, die CDU ist die stärkste Kraft im kommunalen Bereich. Es

geht da natürlich auch um persönliche Ämter, Posten, Positionen. Aber wir sollten nicht unterschätzen, dass natürlich in den Regionalkonferenzen zur Gemeinde- und Gebietsreform Kritik beinhaltet ist, die wir ernst nehmen müssen und nachsteuern müssen.

Ich bin der Auffassung, dass wir stärker die Funktional- und Verwaltungsreform mit in den Blickpunkt nehmen müssen und bin auch der Auffassung, dass das Leitbild „Zukunftsfähiges Thüringen“, das das Kabinett beschließen muss, nach den Regionalkonferenzen Veränderung erfahren wird und erst dann im Kabinett beschlossen wird.

Und, liebe Genossinnen und Genossen, die wenigstens wissen es ja, aber wir haben eines der größten Ministerien dieser Landesregierung, nämlich das Thüringer Ministerium für Mäuse, Milch und Miete, wie ich immer ganz gern sage, aber seriös heißt das natürlich das Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft.

Ich will nur einmal zwei Punkte rausgreifen.

Wir betrachten Mobilität als Daseinsvorsorge. Das Ministerium hat dafür gesorgt, dass der Rennsteig-Shuttle im Ilm-Kreis finanziert ist, das Thüringenticket aufgelegt ist und dass bei dem Bahngipfel mit der Deutschen Bahn zusammen um gute Lösungen für ganz Thüringen gerungen wird. Und der massive Kampf um den Erhalt der Regionalisierungsmittel, Ihr hört das ab und zu bei Bodo, Regionalisierungsmittel sind dazu da, u. a. um Schienenverkehr auch in den Bundesländern zu unterstützen und mit der Asylverschärfung ist es einher gegangen, dass uns die Regionalisierungsmittel gekürzt werden sollen um fast ein Drittel, was bedeuten würde, ein Drittel unseres Bahnnetzes müsste eingestellt werden. Mit diesem massiven Kampf des Ministeriums und mit Bodo an ihrer Seite soll es uns gelingen, unser Bahnnetz sicherzustellen und tatsächlich auch Mobilität in unserem Land weiter zu gewährleisten.

Sozialer Wohnungsbau und die Mietpreisbremse sollen die Wohnungsmärkte in Erfurt, Jena und Weimar entlasten und für jeden Wohnungen bezahlbar machen.

Und, liebe Genoss_innen, wir waren konsequent. Wir haben Schlussfolgerungen aus dem NSU gezogen. Die V-Leute in Thüringen sind im Rechtsextremismusbereich abgeschaltet und der zweite Untersuchungsausschuss zum rechten Terror ist eingesetzt.

Das Abschalten der V-Leute hat bundesweit bei den Verfassungsschutzorganen der anderen Bundesländer für ein Erdbeben gesorgt. Daran seht Ihr, wie eine kleine Maßnahme die Innenpolitik dieser Bundesrepublik auch erschüttern kann und wie sehr wir recht behalten haben, hat leider Gottes der 1. Mai in Weimar d. J. gezeigt, als den anderen Verfassungsschutzorganen und unserem eigenen nicht gelungen ist, die Maikundgebung in Weimar vor dem Übergriff der Neonazis zu bewahren, sondern wir haben nicht einmal Informationen aus den anderen Bundesländern bekommen.

Also, liebe Genossinnen und Genossen, für den Schutz der Verfassung und des Grundgesetzes sind wir selbst als Demokraten zuständig, aber kein Geheimdienst.

Wir werden in den nächsten Tagen diskutieren, die SPD hat das als Forderung eingebracht, den Stellenabbaupfad bei der Polizei zu stoppen und mehr Polizist_innen auszubilden. Das trifft auf unsere Zustimmung. Und auch das ist ein Punkt, wo wir sagen, das ist eine Reaktion auf die derzeitige oder innerhalb der derzeitigen Flüchtlingspolitik, aber gleichzeitig ist die

Vertrauensstelle für die Polizei auf dem Weg. Andere sagen, Polizeibeschwerdestelle, vielleicht beschreibt es das besser. Aber das Prinzip ist, glaube ich, klar.

Die Dokumentations- und Forschungsstelle Rechtsextremismus, die wir eigentlich immer als Pendant zum Verfassungsschutz haben wollten, ist auf dem Weg und erfreut sich heftiger Debatten innerhalb der Fraktionen.

Das Verbot der Bildungsarbeit des Inlandsgeheimdienstes in den Bildungseinrichtungen Thüringens ist ausgesprochen und die Gelder beim Verfassungsschutz, gerade auch in der Öffentlichkeitsarbeit, gekürzt.

Und die Koalition, das geht immer gern unter, stattet die Thüringer Hochschulen in den nächsten vier Jahren mit 60 Mio. Euro mehr aus als das jemals eine Landesregierung getan hat. Das ist unser Respekt vor der Arbeit der Hochschulen, vor dieser Schmelde der demokratischen und sozialen Veränderung in diesem Land und darüber hinaus.

Und, liebe Genossinnen und Genossen, es ist nicht zu unterschätzen, welche Kraftanstrengungen wir unternehmen, um genau das zu gewährleisten.

Die Demokratisierung der Hochschulen soll in einer großen Gesetzesnovelle im nächsten Jahr vorangetrieben werden und die Berufsakademien in Gera und Eisenach mit diesem Gesetz zu dualen Hochschulen aufgewertet werden.

Und, liebe Genossinnen und Genossen, Kultur ist kein fertiger Prozess, ist kein eingefahrenes Konstrukt, sondern bedarf immer der Diskussion.

Für DIE LINKE steht bei Veränderung im Bereich Kultur, in der Diskussion um Kulturpolitik, immer im Mittelpunkt, wie die Situation der Kulturschaffenden ist.

Und so verstehe ich Benni Hoff, wenn er sich auf den Weg macht, langwährende Theater- und Orchester- und Kulturstrukturen in Thüringen verändern zu wollen im Sinne der LINKEN und im Sinne dessen, eine Gerechtigkeitslücke zu schließen, indem man endlich auch die Tariflücke schließt.

Denn das, liebe Genossinnen und Genossen, ist eine langjährige linke Forderung auch unseres Landesverbandes.

Und linke Politik kann auch in der Kultur nicht bedeuten, wenn wir alle Einrichtungen als Produktstätten erhalten wollen, kann nicht bedeuten, keine Veränderung zu diskutieren und im Vorfeld schon zu wissen, was die richtige Antwort ist.

Deswegen lade ich auch uns ein, mit Benni Hoff die Theater- und Kulturreform zu diskutieren und gemeinsam den richtigen Weg zu finden.

Das ist etwas verhaltener, aber ich nehme an, der Benni wird nachher etwas dazu sagen.

Die Fraktion wird die Kulturreform zumindest erstmal im Haushalt 2016/2017, den wir nämlich auch gerade aufstellen, mit einer Einstellung der notwendigen Mittel mit dem Jahr 2017 mit auf den Weg bringen wollen und die Fraktion wird auch das Mehr an Lehrer_innen, ein Stopp des Stellenabbaupfades der Polizei, die Erhöhung der Jugendpauschale schon in diesem und nächsten Jahr, das Gelingen der Gebietsreform und die Umsetzung des kostenfreien Kita-Jahres in diesem Haushalt noch thematisieren und Vorschläge für die Umsetzung im Doppelhaushalt 2016/2017 machen.

Ich sage das nicht leicht daher, weil natürlich auch diese Änderungen große Bewegungen in einem Haushalt erfordern.

Und wir mit unseren Partner, da wir nicht allein sind, mit unseren Partnern aushandeln müssen, in welcher Art, in welcher Form wir unsere politischen Forderungen als LINKE im Haushalt wiederfinden.

Und dass wir eine schwierige finanzielle Situation haben, das ist allen bewusst.

Es kann uns nur nicht dazu führen, dass wir alle unsere politischen Forderungen, unsere politischen Versprechen auf die Müllhalde der Geschichte legen und glauben, wir müssen es nicht mehr tun.

Und, liebe Genossinnen und Genossen, gerade das kostenfreie Kita-Jahr ist für mich ein Gradmesser für unsere Glaubwürdigkeit und deswegen streite ich auch an diesem Punkt sehr massiv.

Und ja, es gehört auch zur Wahrheit dazu, dass wir bei einigen Themen noch nicht am Ziel sind: Mehr Demokratie in Thüringer Kommunen. Wir sind als Partei und Fraktion Mitglied des Vereins „Mehr Demokratie“, genauso wie SPD und Grüne. Ein Gesetzentwurf liegt vor, allerdings werden wir erst im nächsten Jahr zur Beratung kommen. Das Thema Straßenausbaubeiträge. Wir sind noch nicht am Ziel. Parlamentsreform - auch da sind wir im Moment noch nicht weiter, aber ich glaube, bei der aufgezählten Fülle dessen, was wir auch an Aufgaben zu bewältigen haben, ist deutlich geworden, dass man manche Projekte auch im Jahr 2016 beginnen kann.

Mindestens einmal im Monat suche ich die regelmäßige Abstimmung mit unseren hauptamtlichen Amtsträger_innen, den Landrätinnen, der Oberbürgermeisterin, den Bürgermeistern, und natürlich bei Bedarf. Das kann nicht verhindern, dass wir an der ein oder anderen Stelle auch mal unterschiedlicher Auffassung sind - und das kann auch nicht verhindern, dass es manchmal unglücklich öffentlich thematisiert wird. Aber generell gelingt es uns, uns gegenseitig in den Blick zu nehmen und zu unterstützen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

das ist ein deutlicher Fortschritt zu dem, was wir sonst bisher erlebt haben.

Liebe Genoss_innen,

zwei Jahre sind ins Land gegangen seit unserem 4. Landesparteitag in Suhl. Ich erinnere mich. Ich hatte einen dicken großen Bauch. Mittlerweile sind zwei Jahre vergangen. Mein Sohn spricht, er läuft und macht nur Dummheiten. Das kennt Ihr alle. Und zwei Jahre sind vergangen, seitdem unser Vorstand gewählt wurde und wir uns große Ziele gestellt hatten.

2 Jahre, die Thüringen gründlich verändert haben.

2 Jahre, die auch uns verändert haben.

2 Jahre voller Herausforderungen, harter Arbeit für uns alle.

2 Jahre, die Vertrauen, Mut, Engagement und Verantwortung erforderten.

2 Jahre, die neue Möglichkeiten eröffneten und verkrustete Strukturen in Thüringen aufgebrochen haben.

All das, liebe Genossinnen und Genossen, haben wir in einer Art und Weise gemeinsam gemeistert, die großartig war und ist, liebe Genossinnen und Genossen, und ich kann Euch nicht

genug dafür danken, was Ihr in der letzten Zeit geleistet habt.

Ihr könnt Euch selbst beklatschen.

Eine Art und Weise, die geprägt war von Gemeinsamkeit, Zusammenarbeit, kritischem Hinterfragen und engagierter Arbeit.

Mit dem 4. Landesparteitag in Suhl haben wir damals die Grundlagen für einen engagierten Wahlkampf, für ein Regierungsprogramm geschaffen.

Einen Wahlkampf, den wir sehr erfolgreich geführt haben und der die Möglichkeit für einen Regierungswechsel eröffnete.

Klar ist, dass wir auch in Regierungsverantwortung weiter Protest und Widerstand unterstützen und mit organisieren: Wir haben auch in den vergangenen zwei Jahren immer wieder gegen Nazis auf der Straße gestanden, haben in Berlin mit Hunderttausenden gegen TTIP demonstriert, haben in Städten und Gemeinden die Kundgebungen und Feiern am 1. Mai maßgeblich mit beeinflusst und gestaltet oder haben die Kampagne der Partei „Das muss drin sein“ unterstützt. Selbstverständlich sind für uns die Gedenkveranstaltungen zu Ehren der Opfer des Faschismus, das Gedenken an 70 Jahre Befreiung des KZ-Buchenwald und der 8. Mai als Tag der Befreiung besonders wichtig.

Und zum letzten, das habe ich in dieser Bilanz noch gar nicht gesagt.

Der 8. Mai als Gedenktag war kein Element des Koalitionsvertrages. Seit September d. J. werden wir in Thüringen einen Gedenktag am 8. Mai begehen können.

Die Friedensfeste in Gera und Erfurt und die Festwoche zum 25jährigen Bestehen unseres Landesverbandes waren ebenso Höhepunkte unserer Parteiarbeit und Parteikultur wie „Thüringen Rockt“ in Erfurt, die szenische Lesung zum 25. Jubiläum unserer Fraktion im Thüringer Landtag, genauso wie die Jahresempfänge mit Fraktion und Partei und alle Eure Sommerfeste, Eure Jahresempfänge, Eure Mitgliederversammlungen.

Für all das, was wir in den letzten zwei Jahren erreicht haben, Ihr merkt es, es liegt mir wirklich am Herzen, möchte ich Euch herzlich danken! Denn ohne Euch alle, ohne unsere Mitglieder, ohne die Kreisverbände, ohne den Landesvorstand, die Mitglieder des Thüringer Landtags, des Bundestages, des EU-Parlaments und ohne unsere Regierungsmitglieder wäre das alles nicht möglich gewesen.

Dazu gehört auch, liebe Genossinnen und Genossen, dass wir auch noch nie so intensiv miteinander kommuniziert und diskutiert haben, um gemeinsam den Weg festzulegen und die Schwerpunkte unserer Arbeit zu bestimmen.

Deshalb bitte ich Euch um die Annahme des Leitantrages. Er ist Ausdruck unserer gemeinsamen Auseinandersetzung um den besten Weg. Neben einer gemeinsamen Verständigung zum Ausgangspunkt unserer Politik in den nächsten Jahren, beschreibt er einen Weg, den wir als Partei in Regierungsverantwortung gehen können.

Eine der größten Herausforderungen wird auch in den nächsten Jahren die Flüchtlingspolitik bleiben. Natürlich müssen wir immer wieder Fluchtursachen und die gesellschaftliche Krise zwischen oben und unten benennen. Wir müssen aber auch dafür sorgen, liebe Genossinnen und Genossen, dass Flüchtlinge die Chance haben, auf eigenen Füßen zu stehen, eine Perspektive zu bekommen und Teil unserer Gemeinschaft sind. Wir, liebe Genossinnen und Genossen, als Linke sind das Gesicht humaner Flüchtlingspolitik in Thüringen, wir müssen Zuwanderung und Einwanderung als große Chance, die es ist, für Thüringen diskutieren und begreifen.

Mit den ostdeutschen Fraktionsvorsitzenden und dem Fraktionsvorsitzenden aus Hamburg, also unserer Partei, habe ich dem Bundesvorstand ein Papier „Ideenskizze für ein linkes Einwanderungskonzept“ vorgelegt. Ich bin überzeugt, dass wir uns nicht neben die Debatte stellen dürfen, sondern endlich legale Einwanderungswege nach Deutschland aus verschiedensten Gründen ermöglichen müssen und damit Wege öffnen, nicht nur über Asyl in Deutschland bleiben zu können.

Und natürlich, liebe Genossinnen und Genossen, geht es nicht darum auszuschließen, wenn wir als LINKE eine solche Idee vorlegen, sondern es geht um Freizügigkeit, soziale und humanitäre Absicherung und zuallererst um die Würde der Menschen, die zu uns kommen.

Wir werden auch in den nächsten Jahren unsere Kritik an den Verteilungsstrategien, der Sparpolitik und den intransparenten Entscheidungen in Europa anbringen. Ohne eine andere Steuerpolitik des Bundes, ohne Umverteilung von oben nach unten und ein klares Signal, dass in Deutschland „Soziale Gerechtigkeit“ leitendes Motiv von Politik ist, werden sich die Rahmenbedingungen für Länder und Kommunen in den nächsten Jahren nicht verbessern und werden sich die Rahmenbedingungen nicht verbessern, die Schere zwischen arm und reich in Deutschland zu schließen. Und das gehört auf die Tagesordnung.

Der Leitantrag äußert sich sehr deutlich, wohin es in den nächsten Jahren gehen soll, einige Beispiele. Wir empfehlen mit dem Leitantrag eine mittelfristig Beitragsfreiheit der frühkindlichen Bildung, wir fordern konsequentes Vorgehen gegen rechts, wir fordern mehr Demokratie und Beteiligung mit den Bürger_innen vor Ort, wir bestehen auf humane Flüchtlingspolitik als Grundverständnis einer gemeinsamen Regierung und wir empfehlen den Winterabschiebestopp fortzuführen.

Und, liebe Genossinnen und Genossen, wir erleben gerade, dass Utopie und Praxis sich bedingen. Wollen wir unsere Landesregierung stützen, gilt das strategische Dreieck für uns als Leitmodell: Handeln im Hier und Jetzt, Kritik und Widerstand an herrschenden Verhältnissen und das Festhalten am demokratischen Sozialismus als das Ziel unserer Politik.

Ich wünsche mir, dass wir wieder mehr politische Diskussionen führen. Ich wünsche mir, dass wir wieder mehr Inhalte entwickeln. Ich wünsche mir, dass wir wieder mehr Politik vorantreiben und dass unsere Partei lebt. Nur als lebendige Partei, die auch vor Ort eine aktive Parteikultur pflegt, haben wir die Chance, uns auch in der Regierungsverantwortung weiterzuentwickeln, Mitglieder zu gewinnen und Antworten auf die neuen Herausforderungen und die sich stellenden Fragen zu geben.

Und liebe Genossinnen und Genossen,

die vergangenen zwei Jahre haben den Landesvorstand enorm in Beschlag genommen und gefordert. Das wird auch so bleiben. Da muss sich keiner irgendeiner Illusion hingeben, dass das irgendwie ruhiger werden könnte. Wir haben nicht alle Aufgaben erfüllen können, die wir uns 2013 vorgenommen hatten. Dennoch haben wir die Veränderung der Personal- und Regionalstrukturen, drei erfolgreiche Wahlen, das Bilden eines Regierungsbündnisses mit einem linken Ministerpräsidenten und ein Jahr intensives Gestalten des Landes als Bilanz des zurückliegenden Landesvorstandes vorzuweisen.

Klar ist auch, Kritik an unserem Regierungshandeln dürfen wir nicht als »Majestätsbeleidigung oder Störmanöver« verstehen. Zumal dann nicht, wenn es die Leute sind, die auf Rot-Rot-Grün gesetzt haben – also von Gewerkschaften, Sozialverbänden oder Bürgerinitiativen. Deswegen bin ich auch heute Sandro für seine Kritik an uns dankbar, weil sie uns nur voranbringt und gebe es mit der Bitte zurück, treibt uns weiter und steht an unserer Seite.

Wir müssen solche Kritik als Unterstützung verstehen, weil es uns auch dann gelingt, in der Regierung stärker auftreten zu können. Hier bedarf es einer noch engeren Zusammenarbeit zwischen Regierung, Partei und Fraktion sowie sozialen Bewegungen und außerparlamentarischen Akteuren – und viel Verständnis auf allen Seiten. Und auch an dieser Stelle ein Dank an alle, die uns kritisch begleiten und unterstützen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

über die unzähligen Erfahrungen des vergangenen Jahres, der Regierungserfahrung anderer linker Landesverbände und die Perspektive im europäischen Parlament und für 2017 im Bund haben wir im Sommer ein Buch herausgebracht, kontinuierlich Texte in Zeitungen geschrieben oder in Broschüren veröffentlicht. Unsere Erfahrungen aus den Koalitionsgesprächen und aus der Regierung zu dokumentieren, zu durchdenken und an andere weiter zugeben, das gehört für mich als wichtige Aufgabe zu unserem Handeln dazu.

Eine Erfahrung aus dem vergangenen Jahr ist die massive Veränderung unserer tagtäglichen politischen Arbeit. Soll die Partei als Träger der Regierungsfraktion und der Ministerriege die politischen Entscheidungen in der Hand behalten, müssen wir sie stärker aufstellen als bisher. Ich will Euch sagen, warum Fraktions- und Parteiführung derzeit in einer Hand liegen sollten.

Will man, dass die Ehrenamtlichen der Parteispitze im Spiel bleiben, muss man sie stärken.

Das bedeutet, Fraktion und Regierung lassen sich nur unmittelbar beeinflussen, wenn die Parteispitze die Fraktion führt und damit auch unmittelbar im Regierungsgeschehen steckt. Parteivorsitzende sind demokratisch legitimiert, sind Teil eines Vorstandes und eines Entscheidungsteams. Die Stärke der Partei gegenüber der Regierung entsteht aus ihrer unmittelbaren Einflussmöglichkeit auf die Fraktion. Entkoppelt man diese politischen Prozesse voneinander, koppelt man die Partei ab.

Nur ein fester Bund garantiert, dass der Kurs der Partei auch beim Regieren gehalten wird.

Als Fraktionsvorsitzende sitze ich am Kabinetttisch und damit auch die Partei oder verhandle z. B. mit den anderen beiden Regierungsfractionen um die Lösung unserer Vorstellungen.

Und ich verstehe mich ausdrücklich als Parteivorsitzende, die die Fraktion führt.

Wenn Partei- und Fraktionsführung so in einer Hand liegen, ist das der konsequenteste Weg, den Willen unserer Mitglieder umzusetzen, und zwar bis in die Haarspitze der Regierungsarbeit hinein.

Liebe Genossinnen und Genossen,

das alles war eine große Herausforderung, für Euch, für den Landesvorstand, für mich. Ich bin daran gewachsen und ich bedanke mich für Euer Vertrauen. Und ich bedanke mich für das Vertrauen, was Ihr mir in den letzten zwei Jahren gegeben habt. Und heute bitte ich Euch, dass sich in unserem Sinne einer starken Partei Euer Vertrauen wieder bekomme und wir den Weg erfolgreich fortsetzen können.

Vielen Dank.